

# Rechenschaftsbericht

für den

**15. ordentlichen Bundeskongress**

**am 25. und 26. Oktober 2013 in Dresden**

## Allgemeiner Überblick

Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) ist die Dachorganisation von derzeit vierzehn Gewerkschaften und Berufsverbänden, die sich zu den Grundprinzipien einer aus der christlichen Soziallehre entstammenden Gewerkschaftsarbeit bekennen. Die Gewerkschaften und Verbände repräsentieren Arbeitnehmer aus unterschiedlichen Bereichen der Industrie, des Gesundheitswesens, des öffentlichen Dienstes, des Dienstleistungssektors, des Bankwesens, der Versicherungswirtschaft, des Postbereichs und des Handwerks sowie des Bildungswesens. Unter seinem Dach kooperieren sowohl typische Branchengewerkschaften als auch Berufsgewerkschaften und Berufsverbände. Arbeitsschwerpunkte des Dachverbands in der vergangenen Legislaturperiode waren die gewerkschaftspolitische Arbeit und die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, der Informationsaustausch, die Erstellung bzw. Abstimmung von Stellungnahmen zu politischen und gesetzgeberischen Vorhaben und die Begleitung diverser arbeitsgerichtlicher Verfahren. Der CGB verbreitet sowohl seine eigenen Informationen, als auch wichtige Nachrichten der Mitgliedsorganisationen über seine eigene Internetseite und das monatlich erscheinende CGB Intern. Hier nimmt insbesondere der CGB Bundesvorsitzende Matthäus Strebl in seinem Vorwort Stellung zu aktuellen politischen Ereignissen und wesentlichen gesellschaftlichen Entwicklungen. Daneben unterstützt das Hauptstadtbüro die CGB Landesverbände, etwa, wenn es um die Benennung von ehrenamtlichen Richtern oder ehrenamtlichen Versicherungsvertretern der Deutschen Rentenversicherung Bund im Zuge der Sozialwahlen geht. So konnten beispielsweise in Hessen durch den Einsatz unserer hessischen Kolleginnen und Kollegen wie auch durch den Kontakt unserer Bundesgeschäftsführerin Anne Kiesow mit den zuständigen Justizbehörden wieder mehr als 70 neue ehrenamtliche Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit benannt werden.

International ist der CGB als Mitglied in die CESI - Confédération Européenne des Syndicats Indépendants (Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften) eingebunden. Viele aktive Kolleginnen und Kollegen unserer Mitgliedsorganisationen engagieren sich in den Kommissionen und den Berufsräten der CESI. Gute Kontakte bestehen darüber hinaus über die Mitgliedsgewerkschaft CGM zu WOW - **World Organisation of Workers** (Weltorganisation der Arbeitnehmer), der internationalen christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Die Kooperation innerhalb des CGB zeigt die Praxis eines gelebten gewerkschaftlichen Pluralismus. Je nach Zuständigkeit ist es vorkommen, dass mehrere christliche Gewerkschaften Beschäftigte in einem Betrieb vertreten, so dass eine Konkurrenzsituation entstehen kann. Die daraus resultierenden Probleme wurden von den betroffenen Organisationen mit Unterstützung des Dachverbands gemeinsam gelöst. Die Arbeit im CGB ist ein Beispiel dafür, dass in einer vielfältigen Gesellschaft auch Gewerkschaftsvielfalt gelebt werden kann.

Dass diese Grundeinstellung richtig ist, bestätigt auch das aufsehenerregende Urteil des 4. Senats des Bundesarbeitsgerichts, mit dem er die Tarifeinheit gekippt und damit der Tariflandschaft neue Impulse gab. Während der CGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in diesem neuen Tarifpluralismus eine Chance und eine Herausforderung sehen, betrachten die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) und andere Gewerkschaften die neue Freiheit als Bedrohung und fordern vom Gesetzgeber die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands per Gesetz. Dieser Ruf nach dem Gesetzgeber zeigt, dass nach wie vor zu viel in alten Machtstrukturen gedacht wird, die wegen der stetig rückläufigen Organisationsgrade aufgrund einer allgemeinen Gewerkschaftsmüdigkeit nicht mehr zeitgemäß ist.

Auch die Gewerkschaften des CGB waren in der vergangenen Legislaturperiode von rückläufigen Mitgliederzahlen betroffen, wenn auch deutlich weniger stark als die Mitbewerber. Die aktuellen Mitgliederzahlen zeigen im Bemessungszeitraum trotz der scharfen Medienkampagnen gegen unsere Gewerkschaften nur eine leicht rückläufige Tendenz. Der CGB führt das auf die größere Nähe zu den Menschen, die gemeinsame weltanschauliche Basis, die starke persönliche Bindung und Treue der Mitglieder im christlichen Gewerkschaftslager zurück.

## **2009**

In der Tradition dieses Grundsatzes nahm der CGB im Jahr 2009 die neu gegründete Hafengewerkschaft conttermaus Hamburg als Mitglied auf. Mit Unterstützung des Dachverbands entwickelte sich die Gewerkschaft contterm schnell zu einer wichtigen Arbeitnehmervertretung am Hamburger Hafen. Allerdings zeigten sich bereits zu Beginn der Partnerschaft mit dem CGB deutliche Differenzen in der gewerkschaftspolitischen Ausrichtung zwischen der contterm und dem CGB.

Grundlegende Aufgaben des CGB im Jahr 2009 waren politische Gespräche mit allen politischen Parteien, jedoch mit Ausnahme der Linken. Ein vordringliches Thema war die Arbeitsmarktpolitik. Weitere wichtige politische Ge-

sprächsthemen waren die Entwicklung in der Leiharbeit und der Gewerkschaftspluralismus, der aufgrund der permanenten Angriffe auf unsere Mitgliedsgewerkschaften regelmäßig von anderen Organisationen in Frage gestellt wird. Gerade hier ist es dem CGB gelungen, der Politik deutlich zu machen, wie wichtig die Existenz miteinander im Wettbewerb stehender Gewerkschaften im Gegensatz zum Einheitsgewerkschaftsgedanken ist. Nicht etwa eine Spaltung der Arbeitnehmer ist das Ergebnis vieler unterschiedlicher Gewerkschaften, sondern die Repräsentanz vieler unterschiedlicher Meinungen, Ansichten und Lösungsansätze, die bei den Einheitsgewerkschaften kaum Berücksichtigung finden. Folge davon ist, dass sich benachteiligten Arbeitnehmergruppen in eigenständigen Gewerkschaften zusammenschließen und eine ausschließlich am begrenzten Interesse ihrer Mitglieder orientierte Gewerkschaftsarbeit betreiben. Der CGB vertritt nach wie vor die Auffassung, dass eine pluralistische und individualistisch geprägte Gesellschaft in Deutschland auch unabhängige Gewerkschaften als Arbeitnehmersvertretung braucht, und dass die Beschäftigten die Wahl haben müssen, sich selbst die Vertretung für ihre Interessen auszusuchen.

Die von mehreren Gewerkschaften des CGB als Spitzenorganisation gegründete Tarifgemeinschaft CGZP sah sich im Jahr 2009 massiven medialen und gerichtlichen Angriffen ausgesetzt. In den Medien wird die CGZP als Dumping-Organisation verunglimpft, obwohl sich die Tarifwerke in der Zeitarbeit nur marginal von denen der DGB Tarifgemeinschaft unterscheiden. Die Arbeitsgerichtsbarkeit in Berlin kommt mit teilweise nicht nachvollziehbarer Begründung zu dem Ergebnis, dass die Tarifgemeinschaft nicht den formalen Anforderungen an die Tariffähigkeit genügt, obwohl die einzelnen Gewerkschaften ihrerseits als tariffähig angesehen werden. Gleichzeitig werden die Tarifgemeinschaft CGZP und die Gewerkschaften selbst, mit negativen Medienkampagnen überzogen. Trotz der massiven Kampagnen kann die CGZP ihre Tarifverträge weiterentwickeln und Regelungen zu Missbrauch von Zeitarbeit durchsetzen. Diese finden später Einzug in die gesetzlichen Regelungen. Am 15.02.2010 titelte z.B. das Handelsblatt: „Tarifwettlauf mischt Zeitarbeit auf“ und schreibt weiter „...CGB überholt DGB und Co. Mit einem neuen Tarifvertrag: höhere Löhne, Zuschläge für Zeitarbeiter in der Metallindustrie und eine Klausel gegen Missbrauch. Eine vermeintliche „Dumpinggewerkschaft“ setzt bessere Arbeitsbedingungen durch.“

Die politische Arbeit des Dachverbandes wird von der medialen Berichterstattung überschattet und erschwert, da in der Medienlandschaft tendenziell und undifferenziert nur von christlichen Gewerkschaften gesprochen wird. Gleichzeitig beginnen im Sektor des Sensationsjournalismus mediale polemische und auch persönliche Angriffe auf handelnde Personen. Besonders bedauerlich ist, dass es ausgerechnet die öffentlich rechtlichen Sender scheinbar nötig haben, sich mit dieser Art der Berichterstattung hervorzutun.

Auch deshalb führen Vertreter des CGB regelmäßig wichtige Gespräche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft. Regelmäßige Gesprächsthemen sind Debatten um Mindestarbeitsbedingungen und die Arbeitnehmerüberlassung, aber auch die gesellschaftliche Forderung nach Mindestlöhnen oder Mindesteinkommen. Die Gerechtigkeitsdiskussion um die Parole „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beginnt sich zum Kernpunkt der Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln. Der CGB vertritt zunächst die Auffassung, dass ein gesetzlicher Mindestlohn nicht mit der verfassungsmäßigen Tarifautonomie vereinbar ist. Im Zuge der Diskussion beginnt der CGB aber seine Ansicht zu revidieren und entwickelt seine Vorstellung von der Umsetzung eines Mindestlohns. Ein Mindestlohn kann nur dort vom Gesetzgeber etabliert werden, wo es keine Tarifverträge gibt, die die Einkommen der Beschäftigten regeln. Sobald die Arbeitsbedingungen von Tarifvertragsparteien im Wege eines Tarifvertrags geregelt werden, verdrängt dieser Tarifvertrag die gesetzgeberische Regelung. Nur dann wird die durch die Verfassung garantierte Tarifautonomie nicht beeinträchtigt. Der CGB kann durch vielfältige Gespräche und durch das aktive Mitwirken in der CDU/CSU Arbeitnehmergruppe des Deutschen Bundestages seine Überlegungen und Vorstellungen in die Politik und Wirtschaft transportieren.

Mit einem Festakt am 29. Juni 2009 feierte der CGB fast auf den Tag genau in der saarländischen Landesvertretung in Berlin das 50-jährige Jubiläum seiner Wiedergründung. Am 27. Juni 1959 haben christliche Gewerkschafter in Mainz den Gründungskongress des CGB ausgerichtet. Mit dieser Dachverbandsgründung stellen sie die Gewerkschafts- und Gesellschaftsordnung wieder her, die in den Jahren nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten gewaltsam zerstört worden war. Die Gründer des CGB waren davon überzeugt, dass Gewerkschaftspluralismus der überzeugendste Weg zur Vertretung Arbeitnehmerinteressen ist, da sich weltanschauliche Einheitsgewerkschaften allenfalls auf dem Papier auf eine parteipolitische Neutralität festlegen lassen. Auch nach 50 Jahren Gewerkschaftsarbeit ist diese Überzeugung so aktuell und richtig, wie damals. Diese Tradition nahm der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) in seine Festrede auf. Auch weitere hochrangige Gäste nahmen an der Festveranstaltung teil: Bundeswirtschaftsminister a. D. Michael Glos, der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag, Gerald Weiß, der arbeits-, sozial- und familienpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Max Straubinger, sowie weitere Vertreter aus Politik und Wirtschaft. In Grußworten betonten sie die Bedeutung einer vielschichtigen und von vielen Meinungen und Ansichten geprägten Gewerkschaftslandschaft. Peter Müller gab aber auch zu bedenken, dass der Gewerkschaftspluralismus nicht zu einer Zersplitterung der Interessenvertretungen mit der Folge führen darf, dass die Interessen

einzelner Berufsgruppen der Wahrung des Gesamtinteresses zum Opfer fallen.

## 2010

Im Jahr 2010 ist die Diskussion um Zeitarbeit und deren Folgen auf dem bisherigen Höhepunkt angekommen. Der Slogan „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ führt zunehmend zu einer Gerechtigkeitsdiskussion über die Wertigkeit von Arbeit, die die Zeitarbeit als solches und die Tarifverträge der Tarifgemeinschaft CGZP zu einem Politikum werden lässt. Diese Gerechtigkeitsdiskussion mündet zum einen in der rigiden Forderung nach equal payment in der Zeitarbeit und zu einer immer massiver werdenden Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Die öffentliche Meinung und große gewerkschaftliche Kampagnen pendeln die Mindestlohnforderung zunächst auf eine Höhe von 7,50 Euro ein. Gleichzeitig sorgen diese Kampagnen für eine sehr negative öffentliche Stimmung gegenüber allen christlichen Gewerkschaften. Und das, obwohl die Situation letztlich auf den Weichenstellungen der sog. Agenda 2010 der damals SPD geführten Bundesregierung beruhte.

Im Ergebnis zeichnet sich ab, dass der CGB und seine Mitgliedsgewerkschaften diese Gerechtigkeitsdiskussion aber nicht erfolgreich bestehen können, obwohl die Zeitarbeit bei anständiger Anwendung durchaus positive Wirkung entfalten kann. Sachargumente, die der Leiharbeit durchaus wirtschaftliche Notwendigkeit und den Tarifverträgen in der Zeitarbeit auch Qualität und Innovation bescheinigen, bleiben letztlich ungehört. Das ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Tarifwerke der CGZP für die Beschäftigten – wenn auch nur minimal - ungünstiger waren, als die vergleichbaren Tarifverträge anderer Gewerkschaften. Das wiederum führt zu einer medienpolitischen Kampagne, in der fast ausschließlich fälschlicherweise von Dumpinglöhnen gesprochen wird. Die Namensähnlichkeit zwischen dem CGB und der Tarifgemeinschaft CGZP führt außerdem dazu, dass der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands mit der Tarifgemeinschaft CGZP medial gleichgesetzt wird. Parallel dazu nehmen auch die persönlichen medialen Angriffe auf handelnde Personen zu.

Ungeachtet dessen entscheidet der CGB in Gemeinsamkeit mit seinen Mitgliedsgewerkschaften, an seiner bisherigen gewerkschaftspolitischen Linie festzuhalten und diese auch in die Öffentlichkeit zu tragen. Es gelingt zwar, diese gewerkschaftspolitische Einschätzung in vielen Gesprächen zu übermitteln und zu verdeutlichen, insgesamt aber überwiegt die medial geschürte, inzwischen sehr negative öffentliche Meinung über die Arbeit und das Engagement der christlichen Gewerkschaften.

Erschwert wird die Situation durch eine arbeitsgerichtliche Rechtsprechung, die sich in der Argumentation und Darstellung zunehmend als politisch instrumentalisiert erweist. Denn neu in diesen Verfahren ist, dass die Politik in Form von Landesregierungen, konkret der Berliner Senat, auf Seiten des gewerkschaftlichen Gegners in die Verfahren mit eigenen Prozessbevollmächtigten eingreift und so der Diskussion um das tarifpolitische Engagement in der Zeitarbeit eine neue Qualität verleiht. Neben der CGZP werden auch einzelne Gewerkschaften des CGB mit Tarifzuständigkeits- und Tarifmchtigkeitsverfahren überzogen. So muss sich die Berufsgewerkschaft DHV in mehreren Verfahren mit dem gewerkschaftlichen Gegner über die Auslegung ihrer satzungsgemäßen Zuständigkeit streiten und der GKH – langjähriger Tarifführer im Bereich Holz und Kunststoff – wird von der IG Metall die Tariffähigkeit in Abrede gestellt. Der Verlauf der Verfahren zeigt deutlich, dass sie von der negativen öffentlichen Diskussion beeinflusst sind. Diese Entwicklung findet im Dezember des Jahres ihren Höhepunkt. Das Bundesarbeitsgericht stellt fest, dass die CGZP als Tarifgemeinschaft aufgrund eines formalen Satzungsfehlers der Gründungssatzung nicht als tariffähig im Sinne des Tarifvertragsgesetzes anzusehen ist.

Das Jahr 2010 ist auch das Jahr der regelmäßigen Betriebsratswahlen. Viele Kolleginnen und Kollegen der Mitgliedsgewerkschaften engagieren sich bei den Betriebsratswahlen und tragen dazu bei, dass trotz der negativen Kampagnen der gewerkschaftlichen Konkurrenz die Betriebsratswahlen erfolgreich bestanden wurden. Den Gewerkschaften des CGB gelingt es, ihre Position in den Betrieben zu halten, auch ein, wenn auch teilweise bescheidener Ausbau des betrieblichen Einflusses gelingt. An dieser Stelle sei daher nochmals allen Kolleginnen und Kollegen, die durch ihre Unterstützung zu unserem Erfolg beigetragen haben, herzlich gedankt.

Der 4. Senat des BAG sorgte mit seiner Entscheidung, die Tarifeinheit im Betrieb aufzugeben, für eine Änderung der bisherigen Rechtsprechung. Der Kritik am Grundsatz der Tarifeinheit folgend wies der Senat in seiner Entscheidung vom 27.01.2010 darauf hin, dass das Tarifvertragsgesetz die Geltung und nicht gerade die Verdrängung eines Tarifvertrages vorsehe. Nach § 3 Abs. 1 TVG seien die Parteien kraft Gesetz an einen Tarifvertrag gebunden, und die Rechtsnormen dieses Tarifvertrages würden gem. § 4 Abs. 1 TVG unmittelbar und zwingend gelten. Dass ein Arbeitgeber auch an verschiedene Tarifverträge gebunden sein kann, sei im TVG grundsätzlich angelegt und damit auch nicht systemwidrig. Praktische Schwierigkeiten in der Umsetzung mehrerer unterschiedlich geltender Tarifverträge seien jedenfalls nicht geeignet, das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit nach dem Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz (GG) einzuschränken. Schließlich gäbe es auch keine gesetzliche Regelung in der Bundesrepublik Deutschland, die den Grundsatz der Tarifeinheit stützen würde. Aufgeschreckt von dieser Entscheidung versuchten die Arbeitgeber eine ge-

gesetzliche Regelung der Tarifeinheit zu erreichen und nahmen hierfür den gewerkschaftlichen Gegner ins Boot. Nachdem dieser anfänglich die Arbeitgeberseite unterstützte, sprang aber das DGB - Gewerkschaftslager von diesem Zug ab. Auch der CGB befasste sich mit der Frage der Tarifeinheit. Tarifpluralität ist das verfassungsrechtliche Gebot. Wünschenswert ist die Tarifeinheit in einem Betrieb, wenn sie durch Vereinbarungen der Tarifpartner freiwillig herbeigeführt wird. Tarifeinheit herbeizuführen ist aber keine Aufgabe der Arbeitsgerichtsbarkeit. Letztlich stehen gerade der CGB und seine Mitglieds-gewerkschaften für vernünftige und sachliche Koexistenz der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben. Die Zusammenarbeit christlicher Gewerkschaften mit anderen Kräften in einem Betrieb ist keine Seltenheit, sondern gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit. Das gilt für die tarifpolitische Zusammen-arbeit. Insofern befürwortet der CGB die Entscheidung des 4. Senats als konsequente Entwicklung in Richtung eines pluralistischen Gewerkschafts-systems.

Ende des Jahres entscheidet sich, dass der langjährige Generalsekretär des CGB, Gunter Smits, auf Grund seiner Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden an die Spitze der Berufsgewerkschaft DHV wechseln wird. Im Zuge dieses Wechsels entscheidet der CGB, sich personell und konzeptionell neu aufzu-stellen, um den anstehenden Herausforderungen besser begegnen zu können. Die langjährige juristische Mitarbeiterin des CGB Anne Kiesow wird künftig die Aufgaben einer CGB Bundesgeschäftsführerin übernehmen. Zum neuen Ge-neralsekretär wird Christian Hertzog, bisher Landesgeschäftsführer der Be-rufsgewerkschaft DHV in Mitteldeutschland und CGB Landesvorsitzender in Sachsen ernannt.

Gleichzeitig wird ab dem kommenden Jahr die Arbeit des CGB konzeptionell umgestellt. Das Konzept sieht eine strukturelle Ausrichtung des CGB Büros in Richtung einer Dienstleistungs- und Informationsschnittstelle für die Mit-gliedsgewerkschaften des CGB vor. Zu der bisherigen traditionellen politischen und öffentlichen Lobbyarbeit sollen der Daten- und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsgewerkschaften mit dem CGB Büro als Koordinations- und Anlaufstelle kommen, ergänzt durch die juristische Unterstützung in Form von Beratung, Abstimmung, Rechercharbeit und Verfahrensbegleitung als beteiligte Dachorganisation für die Mitgliedsgewerkschaften. Dies beinhaltet die konsequente Weiterentwicklung des CGB Büros hin zu einem Informati-ons- und Dienstleistungsnetzwerk für alle Mitgliedsgewerkschaften.

## **2011**

Durch die negative Entscheidung über die Tariffähigkeit der CGZP im Jahr 2010 und die öffentliche Verbindung und Gleichsetzung von CGZP mit dem Dachverband und seinen Mitgliedsgewerkschaften hat der CGB einen Tief-

punkt in seinem öffentlichen Ansehen erreicht. Die den CGB bildenden Mitgliedsgewerkschaften sind sich einig, dass es großer gemeinsamer Anstrengungen bedarf, das Image des CGB wieder zu steigern und sein öffentliches Ansehen wiederherzustellen. Neben der qualitativ hochwertigen gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben, muss auch die gewerkschaftspolitische Ausrichtung den Änderungen der Gesellschaft und den Präferenzen der Öffentlichkeit angepasst werden. Die Schwierigkeit liegt darin, diesen Wandel in Übereinstimmung mit dem eigenen Selbstverständnis zu schaffen. Die christliche Soziallehre muss durch moderne Interpretation in die gewerkschaftspolitische Arbeit des CGB einfließen. Um diesem Ziel Substanz zu verleihen, lädt der CGB Bruder Paulus zu einer Klausurtagung ein. Mit seinen Vorstellungen von der Verbindung von christlicher Soziallehre mit moderner gewerkschaftlicher Arbeit, gibt er notwendige Impulse, regt zum Nachdenken über eigne Vorstellungen und Überzeugungen an und macht deutlich, dass auch notwendige Veränderungen Bestandteil des Lebens sind.

Erschwert wird dieses Vorhaben durch die Medien, die sich zu Beginn des Jahres 2011 nach wie vor auf den CGB und seine Einzelgewerkschaften „eingeschossen“ hat. Nach dem Wegfall der CGZP als Tarifpartner geht es den Medien nun um das Engagement der einzelnen Gewerkschaften in der Leiharbeit in ihrem jeweiligen Bereich. Es ist deutlich zu spüren, dass der gewerkschaftspolitische Gegner alle Fäden zieht, um jegliche tarifpolitische Arbeit der CGB Gewerkschaften in der Zeitarbeit zu unterbinden. Im Zuge dieser medialen Kampagne erheben Journalisten einschlägiger Politmagazine unterschwellig den Vorwurf, Mitglieder seien durch Arbeitgeber in eine Gewerkschaftsmitgliedschaft gezwungen worden, was Ermittlungen der Dortmunder Staatsanwaltschaft zur Folge hat. Die Ermittlungen führt die Dortmunder Polizei auch in das CGB Hauptstadtbüro, wo sie Befragungen und Aktensichtungen vornimmt. Selbstverständlich werden die Polizeibeamten nicht fündig, und das Ermittlungsverfahren wird später eingestellt.

Diese Entwicklung, die damit verbundenen unnötigen Diskussionen und der irrije Glaube, man könne durch das Ausscheiden aus dem Dachverband seine Position stärken, führen zu Differenzen mit der Mitgliedsgewerkschaft contterm, die letztendlich zu deren Ausscheiden aus dem CGB Verbund führen. Das Ausscheiden der contterm und deren Entwicklung danach haben deutlich gezeigt, dass das Bestehen einer Organisation ohne Dachverband nicht nur überaus schwierig, sondern eigentlich kaum möglich ist, da die stärkende Plattform der Gemeinsamkeit dann völlig fehlt.

In 2011 finden auch die turnusmäßigen Sozialwahlen statt, an der sowohl der CGB als Dachverband, wie auch die Gewerkschaften CGM, DHV, VDT und GÖD teilnehmen. Obwohl das Wahlergebnis der Sozialwahl hinter den Erwartungen zurückbleibt (CGB 1,27%, DGB aber auch nur 2,79%), gelingt es



dem CGB, Mandate in den Ortskrankenkassen, den Unfallkassen, den Berufsgenossenschaften und den Ersatz- und Betriebskrankenkassen zu erringen. Erfolgreich war der CGB in der Besetzung der Mandate der ehrenamtlichen Versicherungsberater der Deutschen Rentenversicherung. Über die Liste des CGB und anderer Bewerber konnten mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen als Versichertenberater benannt werden. Ein schöner Erfolg für unser Engagement in diesem Segment und ein herzlicher Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die diesen Erfolg in einem schwierigen Jahr durch ihren unermüdlichen Einsatz möglich gemacht haben.

Die konzeptionelle Umstellung der Arbeit des CGB Hauptstadtbüros und Neubewertungen in der gewerkschaftspolitischen Betrachtung von wichtigen Arbeitsmarktproblematiken beginnen erste Früchte zu tragen. Erstes praktisches Ergebnis ist die erfolgreiche Organisation einer großen Veranstaltung der WOW (Worldorganisation Of Workers) in Berlin im Frühjahr, ein Erfolg, zu dem auch unser Kollege Reinhardt Schiller, als Mitglied im WOW-Europavorstand, seinen Teil dazu beigetragen hat. Das internationale Zusammenkommen christlicher Gewerkschafter und die Thematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Work – Life – Balance findet auch in der politischen Landschaft Berlins Beachtung. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Fraktion des Deutschen Bundestags Herr Peter Weiß spricht zu den Teilnehmern und würdigt deren Einsatz und betont die Notwendigkeit christlich orientierter Gewerkschaftsarbeit. Ebenso zeigen Gespräche mit der CDA (Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft) und die Teilnahme an deren Bundestagung in Berlin, dass die grundlegenden Beurteilungen und Ansichten insoweit deckungsgleich sind, dass gemeinsame Arbeitsebenen wieder möglich sind. Gemeinsamkeiten zeigen sich vor allem in der Befürchtung, dass gewerbliche Werkverträge zunehmend die Leiharbeit ersetzen, und dass dieses Konstrukt aufgrund der unzureichenden gesetzlichen Regelung stark missbrauchsanfällig ist. Daneben trägt auch die Mitarbeit in der CDU/CSU Arbeitnehmergruppe dazu bei, das politische Ansehen des CGB zu stärken.

Die öffentliche und parteipolitische Mindestlohndebatte entwickelt sich rasant weiter. Es reift die Erkenntnis, dass es ohne eine gesetzliche Regelung nicht gehen wird, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im europäischen Raum fast alle Länder Regelungen über Mindesteinkommen oder Mindestlöhne haben. Die politische Opposition hat sich bereits festgelegt und fordert gemeinsam mit den DGB Gewerkschaften einen flächendeckenden Mindestlohn von inzwischen 8,50 Euro. Demgegenüber zögert die Bundesregierung noch und die FDP erteilt einem Mindestlohn eine klare Absage. Entgegen der Haltung der Bundesregierung entwickelt der Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU Fraktion mit Unterstützung der CDA erste Konzepte zu einer allgemeinen Lohnuntergrenze. Auch der CGB beteiligt sich an der Debatte und entwickelt erste Lö-

sungsansätze zu einer CGB Position in dieser Frage. Beschleunigt wird gegen Ende des Jahres die Debatte durch das Wachsen der Werkvertragsproblematik. Medien berichten über die Substituierung von originärer und Leiharbeitsbeschäftigung durch gewerbliche Werkverträge, die oft ein Vergütungsniveau haben, das deutlich unter dem der Zeitarbeit liegt. Zu dieser öffentlichen Debatte um den Niedriglohnsektor tritt die Befürchtung, dass sich die Altersarmut in den kommenden Jahren deutlich verstärken wird. Alle politischen Parteien beginnen Konzepte zu entwerfen und zu diskutieren, wie der drohenden Altersarmut begegnet werden kann. Die Diskussionen reichen von Zusatzrenten und Sockelrenten über die stärkere Anrechnung bestimmter Zeiten, etwa Kindererziehungszeiten, bis hin zu der Ausweitung der privaten Vorsorge. Auch die Frage der Finanzierung, ob steuer- oder beitragsfinanziert, wird heftig diskutiert.

Der Wandel in der öffentlichen Diskussion und vor allem die Dynamik der Diskussionen machen es notwendig, zeitnah zu den gesellschaftlichen Problemen und Anforderungen gemeinsame aussagefähige Positionen zu erarbeiten. Der CGB etabliert daher als weiteren Baustein zur Umsetzung des neuen Arbeitskonzepts eine permanente Arbeitsgemeinschaft zur Behandlung aktueller politischer Themen mit dem Ziel, fachliche Stellungnahmen und Positionen zeitnäher zu erarbeiten. Erste Früchte trägt die Arbeitsgemeinschaft bei der Ausarbeitung von Positionspapieren zur Werkvertragsproblematik und dem Beginn der Ausarbeitung einer freiwilligen Selbstverpflichtung zur zukünftigen Tarifpolitik des CGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Die Arbeitsmarktpolitik ist das politische Thema, das die Arbeit des CGB im Jahr 2011 prägt. Politische Gespräche zum diesem Thema führen Vertreter des CGB mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestags. Über die Präsenz in der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Fraktion, ist der CGB ständig im Dialog mit der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Darüber hinaus führt der CGB Gespräche mit Frau Gerda Hasselfeldt, der Vorsitzenden der CSU Landesgruppe, zum Thema soziale Absicherung und Verhinderung von Altersarmut und dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher der FDP Herrn Vogel, sowie mit Frau Beate Müller-Gemmeke, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Grünen. Insbesondere das Gespräch mit der Abgeordneten der Grünen Frau Müller-Gemmeke zeigt, dass trotz starker Ressentiments ein Dialog verbunden mit aktivem Meinungs austausch wieder möglich ist, und dass der CGB trotz der negativen medialen Kampagne seine Vorstellungen wieder in die öffentliche Diskussion einbringen kann. Das Gespräch zeigt aber auch, wie schwer der Weg zum normalen vorurteilsfreien Umgang noch ist.

## **2012**

Wegen des Engagements in der Zeitarbeit werden auch die Gewerkschaften

BIGD und ALEB mit Verfahren bezüglich der Aberkennung ihrer Tariffähigkeit überzogen. Wie in den vorherigen ähnlich gelagerten Verfahren begleitet der CGB die Gerichtsverfahren, bringt sich als Beteiligter ein und koordiniert die Vorgehensweisen mit den Mitgliedsorganisationen und den beauftragten Rechtsanwälten. Auch an diesen gerichtlichen Auseinandersetzungen beteiligen sich die Landesregierungen von NRW und Berlin aktiv auf Seiten der antragstellenden DGB Gewerkschaften. Andere Landesregierungen, wie auch die Bunderegierung, beteiligen sich dagegen nicht. Die erstinstanzlichen Verhandlungen, die an Arbeitsgerichten in NRW geführt werden, zeigen deutlich, dass zumindest in NRW Justitia gerade dann nicht blind ist, wenn die eigene Landesregierung (und Dienstherr) als Partei auftritt. Die Voreingenommenheit des Spruchkörpers ist für die Beobachter der Verhandlungen spürbar. Insofern wird den beiden Gewerkschaften fast schon erwartungsgemäß die Tariffähigkeit abgesprochen.

Eine negative öffentliche Wahrnehmung der Tarifarbeit und der Tarifpolitik des CGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften veranlassen die Kollegen der CGM dazu, aktiv auf eine gemeinsame Selbstverpflichtungserklärung aller im CGB organisierten Gewerkschaften zur zukünftigen tarifpolitischen Ausrichtung zu drängen. In der CGB Arbeitsgemeinschaft wird hierzuein gemeinsames Papier ausgearbeitet, das im Hauptausschuss des CGB gemeinsam endabgestimmt und verabschiedet wird. Es beschreibt in Form einer Selbstverpflichtung den zukünftigen tarifpolitischen Weg des CGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere verpflichten sich die christlichen Gewerkschaften in ihrer Tarifpolitik, keine tariflichen Löhne unter der 8,50 Euro Marke mehr zu akzeptieren. Im November veröffentlichen sowohl der CGB wie auch die Mitgliedsorganisationen die Selbstverpflichtungserklärung. Der offensive Umgang mit der Gestaltung zukünftiger tarifpolitischer Wege sorgt für Diskussionsstoff innerhalb und außerhalb des Dachverbands und wird positiv als wichtiger Wegpunkt in der tarifpolitischen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften angesehen, um das positive Image der christlichen Gewerkschaften wieder herzustellen.

Weiteres Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft gilt dem Thema Missbrauch von Werkverträgen durch gewerbliche Werkvertragsunternehmen. Die deutliche Positionierung gegen den Missbrauch von Werkverträgen bei gleichzeitiger eindeutiger Darstellung der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Instruments Werkvertrag selbst wird nicht nur innerhalb der CGB Mitgliedsorganisationen, sondern auch in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen.

Um die Internetpräsenz des CGB zu verbessern und wegen der allgemeinen Erkenntnis, dass die bisherige Homepage nicht mehr den neuen Anforderungen genügt, entschließt sich der CGB im März 2012, seine Internetseite überarbeiten zu lassen. Mit der Neugestaltung der Seite wird das uns seit Jahren eng verbundene Atelier Mössner beauftragt, welches die Seite binnen 6 Mo-

naten fertig stellt, so dass der CGB seit dem 01. September 2012 über einen neu gestalteten Internetauftritt verfügt. Im Sinne der neuen CGB Konzeption verbindet die Internetseite Informationen über den CGB mit Serviceleistungen wie etwa einem Lexikon. Die Seite wird von dem CGB Hauptstadtbüro regelmäßig gepflegt und auf dem neuesten Stand gehalten.

Der CGB in Sachsen entsendet seit diesem Jahr wieder einen Vertreter in den Tarifausschuss des Freistaats, nachdem der CGB auf Betreiben des DGB über lange Zeit keinen Sitz mehr im Tarifausschuss des Freistaats Sachsen hatte. Für den CGB Sachsen engagiert sich der DHV Kollege Michael Scholz im Tarifausschuss. Dieser Erfolg macht es möglich die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines GÖD Tarifvertrags im Wach- und Sicherheitsgewerbe zu erreichen.

Traditionell arbeitet der CGB im Verbund der CESI auf europäischer Ebene mit. Kolleginnen und Kollegen engagieren sich in Fachausschüssen und Beiräten, die alle maßgeblichen Aspekte der europäischen Arbeitsmarktpolitik wieder spiegeln, beispielsweise die Bildungs-, Jugend- Frauen-, und Arbeitsrechtspolitik. Einer der engagierten CGB Kollegen in Brüssel ist Nico Caló von der Gewerkschaft GÖD (Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen). Im Dezember 2012 nahmen der Generalsekretär, die Bundesgeschäftsführerin und Kollege Caló an dem CESI Bundeskongress in Brüssel teil und der CGB brachte aufgrund der unermüdlichen Arbeit Nico Calós einen eigenen Antrag ein, der wie folgt lautete:

- 1) Die CESI möge sich bei den politischen Institutionen der Europäischen Union, allem voran bei der EU – Kommission und dem EU – Parlament dafür einsetzen, dass ein EU – Sozialpakt zur Stabilisierung der sozialen Verhältnisse in der EU auf den Weg gebracht wird.
- 2) Dieser Sozialpakt soll dann im sozialen Dialog unter Beteiligung der Gewerkschaften ausgestaltet werden.
- 3) Die CESI wird sich an den Arbeiten mit ihren Mitgliedsgewerkschaften beteiligen.

und von dem ordentlichen Bundeskongress einstimmig angenommen wurde. Ein Erfolg für den CGB und seine europäische Arbeit und der Antrag selbst ist eine wichtige Weichenstellung für eine Harmonisierung der sozialen Standards in Europa.

Auch im Jahr 2012 führt der CGB die arbeitsmarktpolitische Diskussion weiter. Vertreter des CGB führen Gespräche mit dem Innenminister Hans Peter Friedrich, die die Beschäftigungssituation im Öffentlichen Dienst zum Thema

haben. Der Dialog mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann über die Staatssekretärebene verbessert werden, wozu auch die inzwischen verbesserten Kontakte zur CDA beitragen. Weitergeführt wird auch der Dialog mit der Vorsitzenden der CSU Landesgruppe, sowie die aktive Mitarbeit in der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Fraktion. Ebenso tritt der CGB in Dialog mit dem Vorsitzenden des gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), dem obersten Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Thema ist die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens in Deutschland und die Verhinderung einer Zweiklassen Medizin.

Zur Anerkennung des CGB und der christlichen Gewerkschaftsbewegung trägt auch der erfolgreiche Abschluss des Bündnisses gegen Schwarzarbeit in der Textilbranche durch Gunter Smits, den Bundesvorsitzenden der DHV – Die Berufsgewerkschaft. Erstmals seit langer Zeit kommt auch ein Gespräch zwischen Vertretern des CGB mit dem Bundesvorsitzenden der SPD nahen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Klaus Barthel und seiner stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Anne Hansen zustande mit dem Ziel, Lösungsansätze für diese drängenden Probleme der Verhinderung von Altersarmut und einer gerechten Arbeitsmarktpolitik zu finden. In dem Gespräch wird deutlich, dass der CGB u.a. durch seine klare Positionierung gegen den Missbrauch von Werkverträgen auch wieder überparteilich an Ansehen gewinnt und sich mehr Möglichkeiten erarbeitet, um sowohl seine eigenen arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Ideen als auch die der Mitgliedsorganisationen in die Politik zu tragen.

Es gelingt dem CGB auch die Kommunikation zu anderen Gewerkschaften wieder zu verbessern. Ein Spitzengespräch zwischen dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) und unserem Bundesvorsitzenden Matthäus Strebl, sowie weiteren CGB Vertretern führt zu einem interessanten Meinungsaustausch zu arbeitsmarktpolitischen und gewerkschaftspolitischen Themen.

## **2013**

Der CGB fordert aufgrund der steigenden Energie und Benzinkosten eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Die christlichen Gewerkschaften CGM und CGPT starteten bereits im Jahr 2012 eine Unterschriftenaktion mit dem Ziel, die Pendlerpauschale auf 40 Cent zu erhöhen. Ulrich Bösl (CGPT) und Björn Zirzlaff (CGM) übergaben dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Hartmut Koschyk, MdB mehr als 10 000 gesammelte Unterschriften für die Anhebung der Pendlerpauschale. Die Bereits im Jahr 2012 von dem CGB Bundesvorsitzenden erhobene Forderung, die Pendlerpauschale deutlich zu erhöhen, stößt öffentlich auf viel Zustimmung. Demgege-

nüber lehnt die Bundesregierung diese Forderung mit Hinweis auf die Kosten im Bundeshaushalt kategorisch ab. Wegen der stetig steigenden Mobilitätskosten wird der CGB seine Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Pendlerpauschale weiterverfolgen.

Aufgrund der strengeren Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts sieht der Bundesvorstand der medsonet in dem anhängigen Gerichtsverfahren keine Aussicht auf die erfolgreiche Verteidigung der Gewerkschaftseigenschaft. Die medsonet beschließt daher auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag die Umwandlung in einen Berufsverband, um sich zu konsolidieren und durch erfolgreiche Sacharbeit an Stärke zu gewinnen. Auch hier unterstützt das CGB Hauptstadtbüro die Kolleginnen und Kollegen bei der Organisation und Umsetzung ihres Vorhabens und zeigt damit, dass der Dachverband auch großes Interesse an einem Berufsverband im Bereich des Gesundheitswesens hat, der die schwierigen Probleme in diesem Bereich mit guten Fachkenntnissen kommentiert und Lösungsansätze erarbeitet.

Die Bunderegierung führt zum Thema Entwicklung und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einen Demographiegipfel durch. Hierzu etablieren die Bundesministerien Arbeitsgemeinschaften zu unterschiedlichen, den öffentlichen Dienst und das Beamtentum betreffenden Themengebieten. Auch der CGB beteiligt sich mit großer Unterstützung der GÖD und ihres Bundesvorsitzenden Raymund Kandler erfolgreich an vielen dieser Arbeitsgemeinschaften. Die Zusammenarbeit ermöglicht es CGB und GÖD, Gedanken und Wertvorstellungen in die Diskussion um die zukünftige Struktur des Öffentlichen Dienstes einfließen zu lassen. Gleichzeitig können wertvolle persönliche Kontakte zu Ministerien und anderen Verbänden, z.B. dem Deutschen Richterbund und dem Deutschen Beamtenbund (dbb) geknüpft werden.

Der CGB führt im Frühjahr des Jahres ein Spitzengespräch mit dem neu gewählten dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt. Es war ein informatives Gespräch mit regem Meinungsaustausch zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen. Auch eine perspektivisch bessere Zusammenarbeit wurde diskutiert, wobei aber auch die Sachzwänge des dbb aufgrund der tariflichen Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft verdi offen thematisiert wurde. Gleichermassen offen wurde die gute Zusammenarbeit auf der CESI Ebene von Klaus Dauderstädt angesprochen.

Auf der CESI Ebene wird unser Kollege Nico Caló, der sich für den CGB bei der CESI engagiert, am 22.03.2013 zum CESI - Vizepräsident der Kommission für Beschäftigung und Soziales gewählt.

Auch die Diskussion um arbeitsfreie Sonntage beschäftigt den CGB Anfang des Jahres 2013. Der Bundesvorsitzende führt gemeinsam mit dem General-

sekretär und der Bundesgeschäftsführerin ein Gespräch mit dem Europaabgeordneten Martin Kastler über seine Initiative, den Sonntag im Sinne des christlichen Weltbilds wieder als Tag der Besinnung und Tag der Familie zu begreifen und damit so weit wie möglich von Erwerbsarbeit frei zu halten. Da der CGB insoweit die gleiche Meinung vertritt, beteiligt er sich aktiv an der Initiative von Martin Kastler.

Der CGB und seine Mitgliedsorganisationen treten in eine neue, konstruktive Debatte um die Etablierung einer allgemeinen Lohnuntergrenze ein. Er konkretisiert seine Vorstellung von der Einführung einer allgemeinen gesetzlichen Lohnuntergrenze, verbunden mit einer eigenen Theorie zur Umsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns. Nach dem eigenen Konzept des CGB werden sowohl die Tarifautonomie als auch die grundgesetzlich verbrieften Rechte der Tarifpartner zwingend beachtet.

Im Jahr der Bundestagswahl ändert sich auch die Diskussion in der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Fraktion des Bundestags. Die Themen richten sich mehr in Richtung Wahlkampf, und es wird verstärkt die Nähe zu den DGB Gewerkschaften gesucht. Lohnuntergrenze, Frauenquote und Altersarmut, aber auch die Werkvertragsproblematik und Kinderbetreuung dominieren die Debatten innerhalb der Arbeitnehmergruppe. Diese Konstellation erschwert es dem CGB, seine Ansichten politisch zu Gehör zu bringen. Ungeachtet dessen besteht nach wie vor ein gutes und kollegiales Arbeitsverhältnis zu den Mitgliedern der Arbeitnehmergruppe und der CDA. Neben vielen anderen Bausteinen trägt auch die CGB interne Debatte um das Für und Wider einer Lohnuntergrenze, verbunden mit der kritischen Auseinandersetzung mit der Linie der CDA dazu bei, dass der CGB bei der CDA ernsthaft wahrgenommen wird. Hier ist auch die unermüdliche Arbeit unseres Kollegen Peter Rudolph zu erwähnen, der durch seine Arbeit mit der CGB/CDA Arbeitsgemeinschaft viel zum positiven Ansehen des CGB beiträgt. So erarbeitet die CGB/CDA Arbeitsgemeinschaft ein Positionspapier zu dem Thema „Arbeit menschengerecht gestalten und auskömmlich und gerecht entlohnen“, welches viel Beachtung findet. Dass die sich engagierte Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen bei der CDA lohnt, zeigt sich auch bei der CDA Bundestagung 2013 in Münster, bei der die Kollegin Monika Wüllner (CGM) und der Kollege Michael Wolter (CGM) neu in den CDA Bundesvorstand gewählt werden und unsere bisherige CGB Fraktion verstärken.

Das Wahlprogramm der CDU/CSU hingegen wird vom CGB eher kritisch gesehen, als ein Kompromisspapier, das in weiten Teilen so vage und interpretationsfähig ist, dass es den Unionsparteien alle Koalitionsoptionen offen hält. Die Zahl der konkreten Wahlversprechen ist begrenzt und beschränkt sich auf Vorhaben, über die bereits weitgehend Konsens besteht und die auch vom CGB unterstützt werden. Dies gilt u.a. für die Erweiterung des Ehegattensplit-

tings zu einem Familiensplitting, den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Ausweitung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten durch Gewährung eines zusätzlichen Rentenpunktes für Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge für Selbstständige sowie für die geplante Festlegung von Mindestlöhnen durch eine Kommission der Tarifpartner. Der CGB sieht aber auch kritisch, dass die Formulierung im Wahlprogramm hinter den Beschlüssen des CDU-Bundesparteitags und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Lohnuntergrenze deutlich zurückbleibt.

Ein Erfolg für den CGB ist die Wahl des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Reinhardt Schiller in den Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg. Diese Wahl, wie auch die große Zahl der Versichertenberater des CGB, zeigt, dass sich der Aufwand, den der CGB und seine Mitgliedsorganisationen bei den Sozialwahlen betreiben, lohnt. Sie verhelfen dem CGB zu einem größeren Bekanntheitsgrad.

Das Thema Bildung beschäftigt den CGB wegen der demographischen Entwicklung, dem Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften und nicht zuletzt wegen dem Thema Inklusion mehr als in den vorherigen Jahren. Unser Fachverband für schulische Bildung, der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL), befasst sich kompetent mit allen schulischen Problemen, darunter auch das vielschichtige Thema Inklusion. Der VkdL gibt hier Impulse, die für die Meinungsbildung innerhalb des Dachverbands von wesentlicher Bedeutung sind.

Ende September wird die WOW erneut in Berlin eine internationale Tagung mit unserer Unterstützung und maßgebliches Betreiben durch Reinhardt Schiller zum Thema „Gewerkschaftsfreiheit“ durchführen. Es ist zu erwarten, dass sich daraus auch für unsere Arbeit positive Impulse nach innen wie außen ergeben.

Wesentlicher Bestandteil der Arbeit des CGB Hauptstadtbüros im Jahr 2013 ist nicht zuletzt die Vorbereitung und Organisation des 15. Ordentlichen Bundeskongresses. Mit dem Bundeskongress geht die Legislaturperiode im CGB zu Ende. Durch die Neuwahl des geschäftsführenden Bundesvorstands und des Bundesvorstands, aber auch durch die Diskussion und Verabschiedung von Anträgen und Resolutionen, werden die Weichen für die Zukunft gestellt.

### **Resümee**

Insgesamt blicken der CGB und seine Mitgliedsorganisationen auf fünf schwierige Jahre zurück, die aufgrund konsequenter guter Arbeit aber auch Anlass geben, positiv in die Zukunft zu schauen. Die Akzeptanz des CGB als



Meinungsträger und Dachverband ist seit 2010 wieder gestiegen. Auch in Politik und Öffentlichkeit wird wahrgenommen, dass sich der CGB nach den Turbulenzen um die Zeitarbeit tarifpolitisch neu aufgestellt hat und damit bereit war und zukünftig auch sein wird, Lehren aus erkannten Fehlentwicklungen zu ziehen. Die Mitgliedsorganisationen überzeugen durch gute Tarif- und Facharbeit auf Grundlage der CGB Selbstverpflichtung und durch ihre engagierte Arbeit vor Ort in den Betrieben. Die in der zurückliegenden Amtsperiode erreichten Ergebnisse zeigen, dass wir in der richtigen Richtung unterwegs sind.